



# Satzung

## über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen in der Stadt Lingen (Ems)

in der Fassung vom 03.11.2016

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1	Allgemeines.....2
§ 2	Aufwandsentschädigung für den (die) 1. und 2. Bürgermeister(in), den (die) Fraktionsvorsitzende(n) den (die) Gruppenvorsitzende(n) die Mitglieder des Verwaltungsausschusses.....2
§ 3	Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder, für Ortsratsmitglieder und sonstige Mitglieder von Ausschüssen .....3
§ 4	Fahrtkostenerstattung .....3
§ 5	Ausschluss der Entschädigungsansprüche.....4
§ 6	Verdienstausfall, Pauschalstundensatz und Entschädigungsleistung für Nachteile im beruflichen Bereich .....4
§ 7	Kinderbetreuung.....5
§ 8	Reisekosten für Mitglieder des Rates, Ortsbürgermeister, sonstige Mitglieder von Ausschüssen, Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige.....5
§ 9	Aufwandsentschädigung für Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige.....6
§ 10	Inkrafttreten .....8

Aufgrund der §§ 10, 44, 55, 71 Abs. 7, 91 Abs. 3 und 4, 92, 95 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 226), hat der Rat der Stadt Lingen (Ems) in seiner Sitzung am 03.11.2016 folgende Satzung beschlossen:

## **§ 1 Allgemeines**

Die Mitglieder des Rates, des Ortsrates, die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder, Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige erhalten Entschädigungen nach Maßgabe dieser Satzung.

Zu den Entschädigungen gehören:

- a) Aufwandsentschädigungen  
(sie werden als feste Monatsbeträge und teilweise zusätzlich als Sitzungsgeld, bzw. nur als Sitzungsgeld gewährt)
- b) Verdienstausfall, Pauschalstundensatz und Entschädigungsleistungen für Nachteile im beruflichen Bereich
- c) Fahrtkostenerstattung
- d) Aufwendungen für eine Kinderbetreuung
- e) Reisekostenvergütung

## **§ 2 Aufwandsentschädigung für den (die) 1. und 2. Bürgermeister(in), die (den) Fraktionsvorsitzende(n), die (den) Gruppenvorsitzende(n), die Mitglieder des Verwaltungsausschusses**

(1) Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erhalten als monatliche Aufwandsentschädigung:

- |  |       |
|--|-------|
| a) Erste(r) Bürgermeister(in)                      | 560 € |
| b) Zweite(r) Bürgermeister(in)                     | 395 € |
| c) Fraktionsvorsitzende/Gruppenvorsitzende         |       |
| bis 5 Fraktions-/Gruppenmitglieder                 |       |
| Sockelbetrag 90 € + 15 €/Fraktions-/Gruppenmitgl.  |       |
| 6 bis 10 Fraktions-/Gruppenmitglieder              |       |
| Sockelbetrag 120 € + 15 €/Fraktions-/Gruppenmitgl. |       |
| ab 11 Fraktions-/Gruppenmitglieder                 |       |
| Sockelbetrag 140 € + 15 €/Fraktions-/Gruppenmitgl. |       |
| d) Mitglieder des Verwaltungsausschusses           | 140 € |
| (mit Ausnahme der/s Oberbürgermeisters/in)         |       |

- (2) Neben der Aufwandsentschädigung erhalten die in Abs. 1 genannten Ratsmitglieder eine Aufwandsentschädigung und ein Sitzungsgeld nach Maßgabe des § 3 Abs. 1.

### **§ 3**

#### **Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder, für Ortsratsmitglieder und sonstige Mitglieder von Ausschüssen**

- (1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 140 € und eine zusätzliche Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld in Höhe von 25 € je Sitzung für
- a) Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse sowie der vom Rat eingesetzten Beiräte.
  - b) Sitzungen und Veranstaltungen von Organisationen und Einrichtungen, an denen vom Rat oder Verwaltungsausschuss entsandte Vertreter(innen) der Stadt teilnehmen, soweit die(der) Betreffende nicht anderweitig Anspruch auf Sitzungsgeld oder Verdienstaufschlag hat.
  - c) nachgewiesene Fraktions- bzw. Gruppensitzungen, die der Vorbereitung von Rats- und Ausschusssitzungen dienen.

Ab einer Sitzungsdauer von mehr als drei Stunden wird das doppelte Sitzungsgeld ausgezahlt.

Ratsmitglieder, die ausschließlich die digitale Ratspost nutzen und auf die Zusendung in Papierform verzichten, erhalten zusätzlich eine Kostenersatzpauschale von 20 € monatlich.

- (2) Mitglieder der Ortsräte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 40 €. Daneben erhalten die Ortsbürgermeister(innen) eine Aufwandsentschädigung von 135 € monatlich. Ratsmitglieder, die dem Ortsrat mit beratender Stimme angehören, erhalten statt der Aufwandsentschädigung bei Teilnahme an Ortsratssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von 25 €. Ein gleiches Sitzungsgeld wird den Mitgliedern der Friedhofscommissionen gezahlt.
- (3) Die nicht dem Rat angehörenden, hinzugewählten Mitglieder der Ausschüsse erhalten als Ersatz für ihre Aufwendungen bei der Teilnahme an Ausschusssitzungen eine Entschädigung von 35 € je Sitzung.
- (4) Die Aufwandsentschädigungen gem. §§ 2 und 3 sind monatlich nachträglich zahlbar. Die Ratsmitglieder erhalten die Aufwandsentschädigung von dem Monat an, in dem ihre Eigenschaft als Ratsmitglied beginnt, bis zum Ende des Monats, in dem sie erlischt.

### **§ 4**

#### **Fahrtkostenerstattung**

Die Ratsmitglieder erhalten, mit Ausnahme der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters, eine monatliche Fahrtkostenpauschale i. H. v. 30 €.

Mit der Fahrtkostenpauschale, die zusammen mit der Aufwandsentschädigung ausbezahlt wird, sind alle Kosten für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes zur Wahrnehmung des Mandats abgegolten.

## **§ 5**

### **Ausschluss der Entschädigungsansprüche**

Entschädigungsansprüche nach §§ 2, 3 und 4 dieser Satzung sind für die Zeit des Ruhens des Mandats (§ 53 NKomVG) und für die Dauer des Ausschlusses (§ 63 Abs. 3 NKomVG) ausgeschlossen.

## **§ 6**

### **Verdienstauffall, Pauschalstundensatz und Entschädigungsleistung für Nachteile im beruflichen Bereich**

- (1) Neben den Aufwandsentschädigungen wird den Arbeitnehmer(innen) der nachgewiesene Verdienstauffall erstattet.  
Der Höchstbetrag wird auf 30 € je angefangene Stunde der regelmäßigen Arbeitszeit festgesetzt.
- (2) Selbständig Tätigen wird auf schriftlichen Antrag eine Verdienstauffallpauschale je angefangene Stunde gewährt, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens oder des Entgelts für eine Ersatzkraft berechnet wird. Der Höchstbetrag wird auf 30 € je Stunde, bis zu 8 Stunden je Tag, festgesetzt. Wesentliche Veränderungen der Einkommenssituation sind unverzüglich anzuzeigen.
- (3) Ratsherren und –frauen, die einen Haushalt mit zwei oder mehr Personen führen und keinen Verdienstauffall geltend machen können, erhalten im Bereich der Haushaltsführung einen Pauschalstundensatz, wenn durch die Ratstätigkeit ein Nachteil entsteht, der nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann.  
Von einem Nachteil ist regelmäßig dann auszugehen, wenn das Ratsmitglied maßgeblich einen Haushalt führt, in dem minderjährige Kinder oder zu pflegende Angehörige zu versorgen sind.  
Der Pauschalstundensatz wird auf 15 € festgesetzt.
- (4) Für im sonstigen beruflichen Bereich entstandene Nachteile gilt Abs. 3 entsprechend.
- (5) Arbeitnehmer(innen) erhalten Verdienstauffall nur für Stunden, die innerhalb der vom Arbeitgeber festgelegten üblichen Tagesarbeitszeit liegen. Für die in Abs. 2, 3 und 4 genannten Personen wird eine Entschädigung nur für die Zeit von montags bis freitags zwischen 08.00 Uhr und 19.00 Uhr (einschließlich Wegezeit) und sonnabends von 08.00 Uhr bis 13.00 Uhr (einschließlich Wegezeit) gewährt; dabei wird für die An- und Abfahrtszeit pauschal 1/2 Stunde berechnet.

- (6) Verdienstaufschlag, Pauschalstundensatz sowie die Entschädigung für Nachteile im beruflichen Bereich werden auf schriftlichen Antrag, rückwirkend maximal für ein Jahr, gewährt für:
- a) die Sitzungen des Rates, des Ortsrates, des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse sowie der vom Rat eingesetzten Beiräte
  - b) die Wahrnehmung von Repräsentationen im Auftrag des Oberbürgermeisters oder seiner Vertreter/innen
  - c) die Sitzungen und Veranstaltungen von Organisationen und Einrichtungen, an denen vom Rat oder Verwaltungsausschuss entsandte Vertreter(innen) der Stadt, oder die Fraktions- bzw. Gruppenvorsitzenden teilnehmen, soweit der(die) Betreffende nicht anderweitig Anspruch auf Sitzungsgeld oder Verdienstaufschlag hat. Dies gilt auch für die Mitglieder der Friedhofscommissionen.
  - d) die Sitzungen der Fraktionen- bzw. Gruppen die der Vorbereitung von Rats- und Ausschusssitzungen dienen.

Darüber hinaus werden auf schriftlichen Antrag Verdienstaufschlag bzw. Entschädigungsleistungen gewährt für die Teilnahme an Empfängen, Begrüßungen, Besichtigungen und ähnlichen Veranstaltungen auf besondere Einladung der Stadt.

## **§ 7 Kinderbetreuung**

Zur Wahrnehmung ihres Mandates haben die Ratsmitglieder auf Nachweis Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen für eine Kinderbetreuung. Der Höchstbetrag wird auf 10 € je Stunde festgesetzt.

## **§ 8 Reisekosten für Mitglieder des Rates, des Ortsrates, der Ortsbürgermeister(innen), sonstige Mitglieder von Ausschüssen, Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige**

- (1) Bei Dienstreisen außerhalb des Stadtgebietes, die von Ratsmitgliedern, Ortsratsmitgliedern oder sonstigen Mitgliedern der Ausschüsse grundsätzlich auf vorherigen Beschluss des Rates oder mit vorheriger Genehmigung des Verwaltungsausschusses ausgeführt werden, besteht auf Antrag Anspruch auf Zahlung einer Reisekostenentschädigung nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Beamtengesetzes in Verbindung mit den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes.
- (2) Bei einer auf Anordnung des Oberbürgermeisters oder dessen Vertreter von einem Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr zu Orten außerhalb des Stadtgebietes durchgeführten Dienstreise zwecks Teilnahme an beispielsweise Lehrgängen an den Landesfeuerwehrschulen, feuerwehrtechnischen Fachtagungen und sonsti-

gen Ausbildungsveranstaltungen erhalten diese Reisekosten nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes.

- (3) Sitzungsgelder oder Auslagenentschädigungen werden daneben nicht gezahlt.

## § 9

### Aufwandsentschädigung für Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige

- (1) Unter gleichzeitiger Abgeltung sämtlicher Auslagen und des Verdienstausfalles erhalten folgende Ehrenbeamte(innen) eine monatliche Aufwandsentschädigung:

a)	Ortsvorsteher(in)	180 €
b)	Ortsbeauftragte(r) von	
	Altenlingen	150 €
	Baccum	150 €
	Bramsche	150 €
	Brögbern	150 €
	Clusorth-Bramhar	65 €
	Darne	150 €
	Holthausen	150 €
	Laxten	150 €
	Schepsdorf	100 €
c)	Stadtbrandmeister/in	390 €
	ständige/r Vertreter/innen der/s Stadtbrandmeisters/in, sofern nicht gleichzeitig Ortsbrandmeister/in	150 €
	ständige/r Vertreter/innen der/s Stadtbrandmeisters/in und gleichzeitig Ortsbrandmeister/in	75 €
	Ortsbrandmeister/in der Schwerpunktfeuerwehr Lingen	235 €
	Ortsbrandmeister/in der Stützpunkt-	

feuerwehren Holthausen, Brögbern, Baccum, Bramsche, Altenlingen	165 €
stellvertretende/r Ortsbrandmeister/in der Schwerpunktfeuerwehr Lingen	70 €
stellvertretende/r Ortsbrandmeister/in der Stützpunktfeuerwehren Holthausen, Brögbern, Baccum, Bramsche, Altenlingen	65 €
Stadtjugendwart/in	55 €
Kinder-/Jugendfeuerwehrwart/in	40 €
Gerätewarte/innen der Schwerpunktfeuerwehr Lingen	75 €
Gerätewarte/innen der Stützpunktfeuerwehren Holthausen, Brögbern, Baccum, Bramsche Altenlingen	50 €
Stadtsicherheitsbeauftragte/r	55 €
Sicherheitsbeauftragte/r der Schwerpunktfeuerwehr Lingen	40 €
Sicherheitsbeauftragte der Stützpunktfeuerwehren Brögbern, Bramsche, Baccum, Altenlingen, Holthausen	35 €
Schriftführer/in im Stadtkommando der Schwerpunktfeuerwehr Lingen	40 €
Schriftführer/in der Stützpunktfeuerwehren Brögbern, Bramsche, Baccum, Altenlingen, Holthausen	35 €
d) Beauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege	125 €
e) Behindertenbeauftragter	180 €

§ 8 Abs. 1 gilt nicht für die Vorgenannten.

- (2) Die Entschädigung wird für den unter a), b), d) und e) genannten Personenkreis nachträglich und für den unter c) genannten Personenkreis im Voraus gezahlt.
- (3) Ist der (die) ehrenamtlich Tätige länger als zwei Monate an der Wahrnehmung seiner (ihrer) Tätigkeit verhindert, besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

## **§ 10 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 15.11.2016 bzw. am Tag nach ihrer Bekanntmachung rückwirkend zum 01.11.2016 in Kraft.<sup>1)</sup>

Lingen (Ems), den 09.11.2016  
(L.S.)

Stadt Lingen (Ems)

gez. Dieter Krone  
Oberbürgermeister

<sup>1)</sup> Die Satzung wurde im Amtsblatt des Landkreises Emsland Nr. 27 am 15.11.2016 veröffentlicht.